Bundesregierung plant striktere Asylverfahren: Keine Bundesrat-Zustimmung mehr!

Die Bundesregierung plant eine neue Migrationspolitik, die EU-Regeln für sichere Herkunftsländer einführt. Kritiker äußern Bedenken.

NACHRICHTEN AG

Deutschland - Die Bundesregierung treibt ihre Pläne zur Reform der Asylpolitik voran. Ein zentraler Punkt ist die Einstufung von Herkunftsländern als sicher. Dies könnte künftig ohne Zustimmung des Bundesrats geschehen, berichtet MDR. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Migrationsstrom zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen. Gleichzeitig erhofft man sich eine Erleichterung bei den Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern aus diesen Ländern, die bereits in Deutschland leben.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, plant die Regierung, die

Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsländer nur noch auf EU-Regeln zu stützen. Die Hoffnung ist, dass durch neue Verordnungen der Rückführungsprozess von Personen ohne Bleibeperspektive beschleunigt wird. Als Reaktion auf die Vorschläge äußerten die Grünen Kritik. Ihre Position besagt, die Maßnahmen seien weitgehend wirkungslos und sollten vielmehr dazu dienen, ein Gefühl von Härte und Konsequenz zu vermitteln, erklärte Grünen-Chef Felix Banaszak.

Geplante europäische Maßnahmen zur Rückführung

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Deutschland
Quellen	• www.mdr.de • www.tagesschau.de • ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net